



Niederschrift

23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

| | |
|------------------------|----------------------|
| Sitzungstermin: | Mittwoch, 09.12.2009 |
| Sitzungsbeginn: | 17:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 19:40 Uhr |
| Ort, Raum: | Stadthaus, R. 280 a |

Anwesend sind:

| | | |
|------------------------------------|-----------------------|-------------------|
| Herr Jakobs, Jann | Oberbürgermeister | |
| Frau Müller, Birgit | DIE LINKE | ab ca. 17:10 Uhr |
| Frau Dr. Müller, Sigrid | DIE LINKE | |
| Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen | DIE LINKE | |
| Frau Dr. Schröter, Karin | DIE LINKE | |
| Herr Kümmel, Harald | SPD | |
| Herr Schubert, Mike | SPD | bis ca. 19:00 Uhr |
| Herr Dr. Wegewitz, Hagen | SPD | |
| Herr Rietz, Klaus | CDU/ANW | |
| Herr Schröder, Michael | CDU/ANW | |
| Frau Engel-Fürstberger, Martina | FDP/Familienpartei | |
| Frau von Halem, Marie Luise | Bündnis 90/Die Grünen | |

Nicht anwesend sind:

| | | |
|--------------------------|-----------------------|--------------|
| Frau Knoblich, Hannelore | SPD | entschuldigt |
| Frau Dr. Orłowski, Manja | SPD | entschuldigt |
| Herr Wartenberg, Claus | SPD | entschuldigt |
| Herr Lehmann, Peter | CDU/ANW | entschuldigt |
| Herr Naber, Nils | Bündnis 90/Die Grünen | entschuldigt |

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Dr. Magdowski, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Herr Klipp, GB 4
Herr Vöhse, Die Andere
Herr Paffhausen, SWP
Herr Müller-Zinsius, Geschäftsführer der Pro Potsdam,
Herr Klemund, Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Richter, KIS
Frau Dr. Seemann, FB Kultur und Museum
Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
Herr Jetschmanegg, Büro des OBM

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25. November 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Contractor
Vorlage: 08/SVV/0970
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 4 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
Vorlage: 09/SVV/0137
Fraktion DIE LINKE
- 5 Biosphäre
Vorlage: 09/SVV/0871
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 6 Mehr Transparenz am Luftschiffhafen
Vorlage: 09/SVV/0984
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 7 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen
Vorlage: 09/SVV/1115
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 8 Besetzung der Stelle Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin Presse und Kommunikation
Vorlage: 09/SVV/1138
Oberbürgermeister
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Information zum Kauf des Seeufers, Uferweges und Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees
gemäß Festlegung zur DS 09/SVV/0469 in der Sitzung am 30.09.09
- 9.2 Preisgleitformel Fernwärmepreis - Bericht über die geplante Form der Umsetzung
gemäß Beschluss: 09/SVV/0894
- 9.3 Bericht zur Standortsicherung für die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau
gemäß Beschluss: 09/SVV/0880

- 9.4 Kostenloses Essen für Kita-Kinder
Vorlage: 09/SVV/0857
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 9.5 Bericht zur Realisierung der Vorhaben zur Entwicklung des Luftschiffhafens
gemäß Beschluss: 09/SVV/0422
- 9.6 Information zu den Kaufhallenstandorten Zentrum Ost und Schlaatz
- 9.7 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern
- 9.8 Vorschläge zur Verwendung der Hauptstadtmittel konsumtiv 2010
Vorlage: 09/SVV/1101
Oberbürgermeister, GB Stadtentwicklung und Bauen
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25. November 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 22. Sitzung des Hauptausschusses vom 25. November 2009 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister über das Anliegen der Fraktion DIE LINKE, unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ die Position zur Stadt- und Landesbibliothek, die Standortfrage und den Ablauf der Sanierungsarbeiten darzulegen. Im Weiteren schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte 6, DS 09/SVV/0984, betr.: Mehr Transparenz am Luftschiffhafen und den Tagesordnungspunkte 9.5, betr.: Bericht zur Realisierung der Vorhaben zur Entwicklung des Luftschiffhafens gemäß Beschluss: 09/SVV/0422, zusammen zu behandeln.

Frau Engel-Fürstberger schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5, DS 09/SVV/0871, betr.: Biosphäre, bis zur Entscheidung über ein Schwimmbad in Potsdam zurückzustellen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3

Contractor

Vorlage: 08/SVV/0970

Fraktion FDP/Familien-Partei

Nach einer kurzen Einführung in die Thematik durch Herrn Exner berichtet Herr Richter über bereits laufende Maßnahmen im Sinne des Antrags der Fraktion FDP/Familienpartei. An Hand einer visuellen Darstellung informiert er über die Zusammenarbeit des Kommunalen Immobilienservices mit den Stadtwerken, so u.a. in einer ständigen Arbeitsgruppe, über konkrete Standortprüfungen hinsichtlich eines Umbaus gemäß den aktuellen Forderungen, Verbrauchsmessungen und eine Vereinbarung zur Ausstattung mit Smart Metering in allen Objekten des KIS durch die EWP in 2010/2011.

Frau Engel-Fürstberger merkt dazu an, dass der Antrag nicht auf die Stadtverwaltung, sondern auf Aktivitäten der Stadtwerke abziele, so dass Herr Paffhausen dazu Stellung nehmen sollte.

Der Antrag wird bis zur Anwesenheit von Herrn Paffhausen zurückgestellt.

Nach Wiederaufruf der Drucksache zu einem späteren Zeitpunkt merkt Herr Paffhausen an, dass das Contracting nicht das „allererste“ Geschäft der Stadtwerke sei, es aber entsprechende Verträge z. B. mit dem Sterncenter gebe. Die Stadtwerke betrachten sich diesbezüglich auch nicht als Konkurrenz für entsprechende Anbieter der Privatwirtschaft; sie werden im Einzelfall wie bereits dargelegt für Anliegen in diesem Sinne zur Verfügung stehen.

Frau Engel-Fürstberger erklärt namens ihrer Fraktion den Antrag damit als erledigt.

zu 4

Mehr kommunale Verantwortung für Bildung

Vorlage: 09/SVV/0137

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf den im Ausschuss für Bildung und Sport beratenen geänderten Beschlusstext, der einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurde und allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegt.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, wird dieser zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Um in der Landeshauptstadt Potsdam die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu einem eng verknüpften Netzwerk für Bildung zu entwickeln, wird der Oberbürgermeister beauftragt,

1. eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Fachbereiches Schule und Sport zu gründen. Die Arbeitsgruppe versteht sich als ein regelmäßig tagendes Gremium und wendet sich zunächst an die Bildungsakteure aus Kita's, Schulen, Jugendeinrichtungen, an Vertreter der Verwaltung, der Staatlichen Behörden und der Politik, um über die Entwicklung eines überschaubaren kommunalen Netzwerkes für Bildung, Erziehung und Betreuung zu diskutieren, dessen Teile systematisch aufeinander abgestimmt sind und das erfolgreiche Bildungswege für alle Kinder und Jugendliche der Landeshauptstadt Potsdam ermöglicht.
2. Grundlage der Diskussion sind die Anträge der Fraktionen SPD und DIE LINKE 09/SVV/0137 sowie die Unterlagen der Bundesinitiative „Lernen vor Ort“. Im Bereich der Schulen sollen u.a. die Erfahrungen Potsdamer

Schulen aus den Modellprojekten MOSES und GANS einbezogen werden.

3. Die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe werden im Mai 2010 im Ausschuss für Bildung und Sport und im Jugendhilfeausschuss diskutiert und bilden die Grundlage für ein zu erstellendes kohärentes kommunales Gesamtkonzept „Netzwerk der Landeshauptstadt Potsdam für Bildung, Erziehung und Betreuung“, das auch Positionen der Landeshauptstadt Potsdam gegenüber dem Land Brandenburg beinhaltet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

- zu 5 Biosphäre**
Vorlage: 09/SVV/0871
Fraktion FDP/Familien-Partei

zurückgestellt

- zu 6 Mehr Transparenz am Luftschiffhafen**

Vorlage: 09/SVV/0984

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW **zusammen mit TOP:**

- zu 9.5 Bericht zur Realisierung der Vorhaben zur Entwicklung des Luftschiffhafens**
gemäß Beschluss: 09/SVV/0422

Zu diesen Tagesordnungspunkten begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Müller-Zinsius, Geschäftsführer der Pro Potsdam und Herrn Klemund, Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH.

Herr Müller-Zinsius erläutert an Hand visueller Darstellungen und Bezug nehmend auf die Antragstellung der Fraktionen Grüne/B 90 und CDU/ANW die Beschlusslage zum Luftschiffhafen und verweist auf den am 01.04.2009 gefassten Beschluss, DS 09/SVV/0318, zum Bau einer Sportmehrzweckhalle im Sportpark Luftschiffhafen, in der auch die Folge- und Betriebskosten dargestellt worden seien. Im Weiteren gebe es ein Berichtsformular, welches monatlich mit dem aktuellen Sachstand an Frau Dr. Magdowski gegeben werde sowie eine regelmäßige Berichterstattung im Hauptausschuss – so zuletzt am 08.07.2009 mit der Mitteilungsvorlage 09/SVV/0641. Ebenfalls im Hauptausschuss wurde das Kurzkonzept der DOMUS-Wirtschafts AG präsentiert und den Fraktionen ausgehändigt. Eine weitere Berichterstattung dem Beschlusses der StVV – DS 09/SVV/0422 – entsprechend sei für eine der Hauptausschusssitzungen im Februar geplant.

Daran anschließend werden visuell das Gesamtareal und die Gebäude auf dem Gelände des Luftschiffhafens dargestellt und die damit verbundenen Vorhaben erläutert. Themen, die derzeit in der weiteren Bearbeitung seien, werden ebenfalls benannt, so die Kanuscheune, zu der die Baugenehmigung vorliege und Fördermittel beantragt seien, der Olympia-Stützpunkt, dessen Sanierung vom KIS übernommen und zu Ende geführt werde, die Wohnheime, deren Abriss in den nächsten Wochen in Auftrag gegeben werde, die Mensa, zu der ebenfalls die Baugenehmigung erteilt sei, die Mehrzweckhalle, für die der Bauantrag gestellt und noch weitere Unterlagen beizubringen seien sowie weitere Themen, wie Infrastrukturprobleme, Stellplätze, Grünräume, das Wegesystem u. a.

Gegen den Antrag auf Rederecht von Herrn Menzel erhebt sich kein Wider-

spruch. Herr Menzel erläutert das Anliegen der antragstellenden Fraktionen und deren Interesse an mehr Information, da es scheinbar noch offene Fragen gebe, wie z. B. die Mitarbeit von Stadtverordneten im Luftschiffhafen-Beirat, die Einsichtnahme in den Geschäftsbesorgungsvertrag und die Anzahl der zu fällenden Bäume auf dem Gelände.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er sich nicht an die Aushändigung des genannten Kurzkonzeptes erinnern könne, womit die offenen Fragen evtl. zu erklären seien. Bezug nehmend auf Informationen des Landes, Potsdam stehe beim Abruf der Mittel aus dem Konjunkturpaket II an letzter Stelle, und auf das Auslaufen dieser Mittel fragt er nach, ob der Zeitplan für die Mehrzweckhalle gehalten werde und wie Herr Müller-Zinsius zur Integration der Sportschule und des Internats in den Luftschiffhafen stehe.

Nachdem weitere Fraktionen bestätigen, das Kurzkonzept nicht erhalten zu haben, sagt der Oberbürgermeister eine Ausreichung von je einem Exemplar zu. Bezüglich des Abrufs der Mittel aus dem Konjunkturpaket II verweist er auf einen exakt definierten Mittelabrufplan, der auf den Monat und die Woche genau festlege, wann welches Geld abgefordert werde. In der Beigeordnetenkonferenz werde das monatlich kontrolliert und bislang habe es keine Verzögerungen gegeben. Richtig sei, dass in 2009 wenig Mittel abgerufen werden können, was an dem jeweiligen Vorhabenstand liege, der einen Abruf nicht ermögliche. In 2010 werde das mehr werden – das Land sei darüber informiert. In Ergänzung dessen fügt Herr Müller-Zinsius hinzu, dass z. B. für die Mehrzweckhalle noch kein Geld beantragt werden konnte, weil die Pro Potsdam als Bauherr und Grundstückseigentümer noch nicht eingetragen sei. Die derzeitigen Planungen finanziere die Pro Potsdam vor; im Juni/Juli 2010 werde Baubeginn für die Sporthalle sein und dann komme es auch zu einem größeren Mittelabruf. Die termingerechte Abrechnung der Mittel zum Ende des Jahres 2011 sei gesichert.

Bezug nehmend auf die Nachfrage zum Luftschiffhafenbeirat verweist Herr Klemund darauf, dass die Gesellschafterversammlung keine Erweiterung des Beirates um die benannten Stadtverordneten beschlossen habe, weil eine entsprechende Information noch nicht vorliege.

Die weiteren in Rede stehenden Punkte hätten auch ohne Antrag an die StVV erfragt werden können, so Herr Müller-Zinsius, denn die Anzahl der zu fällenden Bäume stehe z. B. im Bauantrag. Außerdem gebe es in der Stadtverwaltung eine regelmäßige „Ämterrunde“, in der offene Fragen abgestimmt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg eingehend, ob auch der Freizeitsport dauerhaft eine Chance an diesem Standort habe, verweist er auf die damit im Zusammenhang stehenden Kostenfragen und Förderungen. Sicher werde außerhalb der Trainingszeiten die Nutzung der Anlagen durch den Breitensport so wie bisher auch möglich sein.

Bezüglich der Nachfrage zum Geschäftsbesorgungsvertrag verweist Herr Müller-Zinsius darauf, dass dieser auch in der Stadtverwaltung als Auftraggeber vorliege, was Frau Dr. Magdowski bestätigt und die Möglichkeit der Einsichtnahme zusichert.

Auf die Nachfrage an die antragstellenden Fraktionen, ob mit diesen Auskünften das Anliegen erledigt sei, erklärt Herr Schröder für die Fraktion CDU/ANW, dass dies der Fall sei. Frau von Halem betont, dass für die Fraktion Grüne/B 90 der Antrag erst mit Erfüllung der Zusagen erledigt sei.

Abschließend bittet Herr Müller-Zinsius darum, ihn bei offenen Fragen direkt telefonisch zu kontaktieren. Er beantworte gern alle offenen Fragen, so dass es keiner Antragstellung und langwieriger Beratung bedarf.

zu 7 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen
Vorlage: 09/SVV/1115

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zu den angegebenen Deckungsquellen. Die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob die Aufwendungen im Jahr 2010 entsprechend dem Bedarf aufgestockt worden sind, wird bejaht.

Der Hauptausschuss beschließt:

Den drei überplanmäßigen Aufwendungen und den dazugehörigen Auszahlungen für die Förderung der Erziehung in der Familie und Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahmen, Eingliederungshilfen nach KJHG wird für die folgenden Produkte und der dazugehörigen Kontengruppen

Produkt 36320 in der Kontengruppe 53

Produkt 36340.in der Kontengruppe 53

Produkt 36340 in der Kontengruppe 54

zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 8 Besetzung der Stelle Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin Presse und Kommunikation

Vorlage: 09/SVV/1138

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Im Bereich Marketing/Kommunikation (906) im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (9) wird die Stelle 906 000 14 - Sachbearbeiter/ Sachbearbeiterin Presse und Kommunikation befristet für 2 Jahre mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden zur externen Besetzung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Information zum Kauf des Seeufers, Uferweges und Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees gemäß Festlegung zur DS 09/SVV/0469 in der Sitzung am 30.09.09

Die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage wird im nicht öffentlichen Teil behandelt.

zu 9.2 Preisgleitformel Fernwärmepreis - Bericht über die geplante Form der Umsetzung gemäß Beschluss: 09/SVV/0894

Herr Paffhausen bittet um eine Erläuterung zur Zielrichtung des gefassten Beschlusses, die auf Vorschlag von Herrn Schubert durch Herrn Heuer gegeben wird. Herr Heuer begründet das Anliegen der Einführung einer Preisgleitformel mit dem vorhandenen Anschluss- und Benutzerzwang und der den Kunden einzuräumenden Möglichkeit, die Preiskalkulationen nachvollziehen zu können.

Herr Paffhausen entgegnet, dass es seit ungefähr 1995 eine Preisgleitformel gebe, die aber seitens der EWP im Interesse der Kunden nicht angewendet wurde, da ansonsten die Fernwärmepreise doppelt so hoch wären wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Er informiert im Weiteren darüber, dass es der EWP gelungen sei, einen langfristigen Vertrag mit ihrem Gaslieferanten abzuschließen, der einen vier Jahre gültigen Festpreis unabhängig vom Ölpreis auf dem Weltmarkt garantiere. Die Kunden erhalten ein entsprechendes Schreiben der EWP; bereits zum 1. Oktober 2009 konnte der Tarif um 3 Euro je Megawattstunde gesenkt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, seit wann dieser Vertragsabschluss bekannt sei, entgegnet Herr Paffhausen, dass dies in der Aufsichtsratssitzung vor ca. 2 Wochen besprochen wurde und für die nächsten Tage auch eine Presseinformation vorbereitet werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Heuer zur Höhe des avisierten stabilen Preises im Verhältnis zum bisherigen, antwortet Herr Paffhausen, dass dieser ungefähr auf dem jetzigen Niveau liege.

Herr Dr. Scharfenberg stellt abschließend fest, dass die mit dem Beschluss der StVV, DS 09/SVV/0894, beauftragten Aufsichtsratsmitglieder das Anliegen erfüllt haben.

zu 9.3 Bericht zur Standortsicherung für die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau gemäß Beschluss: 09/SVV/0880

Herr Klipp informiert über einen mit den betroffenen Firmen vereinbarten Gesprächstermin am 30.11.09, der bislang wegen Krankheit ausfallen musste. Er habe sich bei den beiden Geschäftsführern bereits entschuldigt und um Verständnis gebeten sowie einen neuen Termin vereinbart. Die Feststellung des Oberbürgermeister, dass der Erhalt der beiden Firmen an diesem Standort Ziel der Gespräche sei, bestätigt Herr Klipp unter Verweis auf die Prüfung der Frage, wie lange das an diesem Standort möglich sei.

Herr Schubert fragt anschließend nach, bis wann eine Lösung gefunden werde, da der Beschluss des Hauptausschusses bereits am 14. Oktober 09 gefasst wurde. Herr Klipp nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der genannten Sitzung, dass umfangreiche Unterlagen zu prüfen und eine fundierte Auseinandersetzung mit den Argumenten des Anwalts der beiden Firmen nötig seien. Derzeit befinde man sich in der Anhörungsphase – sollte eine negative Entscheidung zu treffen sein, habe dies nicht eine Räumung des Geländes in den nächsten Tagen oder Wochen zur Folge.

Auf Bitte von Frau B. Müller nimmt Herr Fiebig Stellung zu den zeitlichen Verzögerungen und betont, dass sie mit einer Erledigung des Anliegens in 2 – 3 Wochen nach der genannten Hauptausschusssitzung gerechnet hätten. Da dieses Thema die Banken immer wieder frequentiere, sei eine schnelle Entscheidung wichtig.

Herr Rietz merkt an, dass ihn das fehlende Ergebnis nach einer 6-wöchigen Prüfzeit schon wundere und fragt, wann der neue Gesprächstermin stattfinde. Herr

Klipp entgegnet, dass er sich in der Sache nicht in der Öffentlichkeit austauschen, sondern erst mit den betroffenen Firmen sprechen wolle. Dies werde am 18.12.09 stattfinden, so dass er in der drauf folgenden Sitzung des Hauptausschusses berichten könne.

zu 9.4 Kostenloses Essen für Kita-Kinder

Vorlage: 09/SVV/0857

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass sich aus seiner Sicht die Finanzierung des kostenlosen Essens für Kita-Kinder als Problem darstelle und nicht die bisherigen Begründungen, wie z. B., dass die Eltern Verantwortung für die Versorgung der Kinder tragen – so leite er es zumindest aus der Mitteilungsvorlage ab. Außerdem habe er gehört, dass sich die Stadt auch beim Land um eine Finanzierung bemühe. Der Oberbürgermeister stellt klar, dass die Ergebnisse der Evaluation des kostenlosen Schulessens an die Ministerien weitergegeben wurden, weil diese für die weitere Behandlung der Thematik „kostenlose Essensversorgung“ interessant seien. Damit verbunden war die Bitte, diese Ergebnisse in der weiteren Diskussion zu berücksichtigen.

Gegen das von Herrn Vöhse beantragte Rederecht erhebt sich kein Widerspruch. In seinem Redebeitrag macht er anschließend auf eine seiner Meinung nach Ungleichbehandlung der Schul- und Kita-Kinder aufmerksam, da für die einen das Mittagessen bezahlt würde und für die anderen nicht. Frau E. Müller verweist darauf, dass die Kita-Kinder in einem ganz anderen Betreuungssystem seien, das auch andere Kostensätze habe. Gering Verdienende können von den Kita-Kosten befreit werden. Die Kita-Kinder werden in den Gruppen mit Essen versorgt; Schulkinder können von den Eltern zum Essen angemeldet werden oder eben nicht.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.5 Bericht zur Realisierung der Vorhaben zur Entwicklung des Luftschiffhafens gemäß Beschluss: 09/SVV/0422

siehe Tagesordnungspunkt 6

zu 9.6 Information zu den Kaufhallenstandorten Zentrum Ost und Schlaatz

Herr Klipp erläutert an Hand einer Karte den aktuellen Sachstand und die Vorzugsvariante für den neuen Nahversorger im Wohngebiet „Zentrum Ost“. Dazu solle die bisherige REWE-Kaufhalle abgerissen und auf dem gleichen Grundstück durch einen um 90 Grad gedrehten Neubau ersetzt werden. Die Versorgung in der Bauphase werde im Gebäude der früheren Schülerspeisung gesichert. Nach Eröffnung des neuen REWE-Marktes werde dieses Gebäude saniert und könne als Mensa für die Lenné-Gesamtschule genutzt werden. In der nächsten Woche werde ein weiteres Gespräch mit REWE mit dem Ziel geführt, eine endgültige Einigung zu erreichen. Wenn das gelinge, werde es noch vor Weihnachten eine Bürgerinformation geben.

Auf Nachfrage von Herrn Schubert zu den zeitlichen Vorstellungen erläutert Herr Klipp, dass der REWE-Markt bis Ende 2010/Anfang 2011 fertig sein könne; die Mensa ab Mitte 2011.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach Problemstellungen, die das Vorhaben noch verhindern oder verzögern könnten. Seine Nachfrage, ob REWE das für den Neubau benötigte Grundstück von der Stadt kaufen könne, wird bejaht. Positiv bewertet er

die noch vor Weihnachten geplante Information der Einwohner und betont, dass er dafür sehr dankbar sei. Herr Klipp merkt dazu an, dass die kritischen Fragen der Bürger in die Planung einfließen sollen, was seiner dazu gegebenen Zusage entspreche. Bezüglich möglicher Probleme merkt er an, dass es dieser immer geben könne, er meine aber, auf einem guten Weg zu sein. Er betont, dass die Verwaltung erheblich für den Standort werben musste, auch unter dem Aspekt, dass es in unmittelbarer Umgebung keine Alternative gebe.

Im Weiteren berichtet er über eine positive Entwicklung am Kepler-Platz, wo man mit dem Vorhabenträger im Gespräch sei, in dem es um die städtebauliche Abrundung des Vorhabens gehe. Auch am Standort der ehemaligen Kaufhalle Schlaatz laufen Gespräche; es sei aber außerordentlich schwierig, hier ein wirtschaftliches Konzept zur gewerblichen und wohnlichen Nutzung hinzubekommen.

Herr Kümmel bittet auch für das Vorhaben am Kepler-Platz um eine Bürgerinformation vor Weihnachten, da auch das ein brennendes Thema am Stern sei. Außerdem hoffe er, dass im Zuge der baulichen Veränderungen am ehemaligen Kaufhallenstandort auch die Eigentümer der Ladenzeile vis-a-vis Interesse an einer Verschönerung ihres Gebäudes zeigen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass selbstredend eine derartige Veranstaltung stattfinden werde, sobald das Projekt abgerundet sei.

Die Frage, ob diese Veranstaltung evtl. im Januar 2010 stattfinden könne, wird bejaht.

zu 9.7 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern

Herr Exner berichtet, dass in der Beratung mit den Ortsvorstehern drei Themen aus der Stadtverordnetenversammlung behandelt worden seien, so die Mitteilungsvorlage zur Entwicklung des ländlichen Raumes, insbesondere vor dem Hintergrund der sich verändernden Förderkulisse, die Straßenreinigungssatzung und die Straßenreinigungsgebührensatzung, wo es um die Änderung einiger Straßenbezeichnungen gegangen sei sowie die Abwassersatzung, hier insbesondere die differenzierte Betrachtung der dezentralen Entsorgung, die auf Wohlwollen der Ortsvorsteher gestoßen sei. Darüber hinaus haben die Geburtstagslisten eine Rolle gespielt, wo die Auslegung der Datenübermittlungsverordnung für Brandenburg (MeldDÜV) dazu führte, dass die Ortsvorsteher den ehrenamtlichen Bürgermeistern gleichzustellen seien und die Daten nach § 14 Abs. 2 MeldDÜV erhalten dürfen – also nunmehr auf direktem Wege. Weitere Themen waren die Terminplanung für die Beratungen im Jahr 2010, der Havelbadetag im Marquardt, für den der Ortsvorsteher Herr Dr. Grittner sehr werbe und die Frage der Förderung, die durch die Stadt zu klären sei. Im Weiteren wurde die Parkplatzsituation in Marquardt besprochen sowie die Betriebskostenabrechnungen der durch die Ortsbeiräte genutzten Räume.

Frau Dr. Schröter merkt dazu an, dass es sehr schön wäre, wenn man den Havelbadetag in Marquardt ermöglichen könne, weil das gut dorthin passe und es auch viel Engagement an dieser Stelle gebe. Der Oberbürgermeister erklärt, dass die Stadt dem Vorhaben im Wesentlichen aufgeschlossen gegenüber stehe, allerdings die Finanzierung noch zu klären sei.

zu 9.8 Vorschläge zur Verwendung der Hauptstadtmittel konsumtiv 2010

Vorlage: 09/SVV/1101

Oberbürgermeister, GB Stadtentwicklung und Bauen

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf den am 16.12.09 tagenden Hauptstadtausschuss und bittet um Nachfragen zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage und der vorgeschlagenen Mittelverwendung.

Im Anschluss werden die Nachfragen von Frau Dr. Schröter zu den Planungen im Bereich Kultur und der Stadt der Wissenschaften sowie von Herrn Vöhse zur Förderung des Hauses der Brandenburgisch Preußischen Geschichte und zum Vorhaben, im Rahmen der Musiktheaterprojekte eine Oper von Carl Heinrich Graun aufzuführen, beantwortet.

Daran anschließend verweist Herr Weise auf eine angepasste Anlage 1 – Verteilung der Mittel im Bereich Kultur, die der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Im Weiteren erläutert der Oberbürgermeister den Tausch der Haushaltsmittel Potsdamer Mitte gegen Hauptstadtmittel zur Kompensation der Maßnahme Stadt- und Landesbibliothek.

- **Ersatz des kommunalen Mitleistungsanteils zu den Städtebauförderungsmittel des D-Programmes durch Hauptstadtmittel**

Zur Kofinanzierung für bereits bewilligte und voraussichtlich im Haushaltsjahr 2010 neu bewilligte Städtebauförderungsmittel wurden Haushaltsmittel in Höhe von **647.375,00 €** eingeplant.

Diese Haushaltsmittel sollen nun durch Hauptstadtmittel ersetzt werden, die Haushaltsmittel stehen dann zu einem späteren Zeitpunkt für die Baumaßnahme Stadt- und Landesbibliothek zur Verfügung.

Die Hauptstadtmittel sollen als kommunaler Mitleistungsanteil für die im Haushaltsjahr 2010 ausgereichten Bundes- und Landesmittel der Städtebauförderung für das Fördergebiet Stadterweiterung Süd / Potsdamer Mitte eingesetzt werden.

Die zur Verfügung stehenden Städtebauförderungsmittel werden gemäß dem, dem LBV vorgelegten Umsetzungsplan verwendet werden.

Herr Weise trägt folgende dafür geplante Einzelmaßnahmen vor:

- Planungen 2010, z. B. Vergabeverfahren Havelufer, Architektenwettbewerb
- Öffentlichkeitsarbeit und Durchführungsaufgaben
- Baumaßnahmen, z. B. Hüllenförderung Nikolaikirche, Hüllenförderung Altes Rathaus,
- Ordnungsmaßnahmen, z. B. Abriss Schlossstraße 1 in Vorbereitung des Synagogenneubaus, archäologische Grabungen auf dem Landtagsgrundstück zur baureifen Übergabe gemäß Kaufvertrag
- Erschließungsanlagen u. Freiflächen, z. B. der Umbau Breite Straße / Friedrich-Ebert-Straße, Gestaltung des Umfeldes Landtagsgebäude, Humboldtstraße, Steubenplatz, Änderung der Bord- u. Gehwegführung Yorckstraße/Friedrich-Ebert-Straße zur Annäherung an den historischen Stadtgrundriss, Umverlegung der Ladenbergbrücke am Stadtkanal im Bereich Wilhelm-Staab-Straße

- **Maßnahmentausch**

Für die Durchführung der beiden Einzelmaßnahmen **Gestaltung des Gehweges Havelufer/Alte Fahrt und die Gestaltung der Uferwege Freundschaftsinself/Havelufer** sind Haushaltsmittel eingeplant. Es ist beabsichtigt, diese beiden Maßnahmen in 2010 mit Hauptstadtmitteln durchzuführen. Die dadurch freierwerdenden Haushaltsmittel in Höhe von **550.000 €** werden dann der Maßnahme Stadt- und Landesbibliothek zugeführt.

Bezüglich der notwendigen Veränderungen im Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2010 wird im Übrigen auf die beigefügte **Anlage zur Niederschrift**

verwiesen.

Nach weiteren Rückfragen zum Bibliotheksstandort und zu den Aussagen des Werkleiters des Kommunalen Immobilienservices Herrn Richter vor ca. 3 Wochen, dass das Projekt Stadt- und Landesbibliothek trotz der Verzögerungen aus Hauptstadtmitteln finanziert werde, informiert der Oberbürgermeister, dass mit dem Land ein modifizierter Zeitplan abgestimmt sei. Der Standort werde nicht in Frage gestellt, sondern ein langer Diskussionsprozess zum Abschluss gebracht. Entsprechend der Forderung des Landes werde ein realistischer Bauplan zur Sitzung des Hauptstadtausschusses vorgelegt. Außerdem wolle das Land die „städtebauliche Einbindung“ und den Kostenvergleich zwischen Sanierung und Neubau prüfen.

Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob dazu ein Workshop geplant sei, wird vom Oberbürgermeister verneint – er betrachte das Prozedere als formale Absicherung einer bereits getroffenen Entscheidung. Zu einem späteren Zeitpunkt bittet Frau Dr. Schröter um eine **Information bezüglich der Ergebnisse der Beratung des Hauptstadtausschusses**, die der Oberbürgermeister zusagt.

zu 10 **Sonstiges**

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die für den **06. Januar 2010** geplante **Sitzung** des Hauptausschusses **nicht einzuberufen**, da die für die Tagesordnung anstehenden Themen ebenso gut am 20. Januar beraten werden können und die Voten rechtzeitig für die Sitzung der StVV am 27. Januar vorliegen. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Der Bitte, die Ergebnisse des Gesprächs zur Standortsicherung für die Firmen MHP Gerüstbau und Fiebig Bau am 18. Dezember 2009 vor der nächsten Hauptausschusssitzung am 20. Januar 2010 mitzuteilen, folgt Herr Klipp und sagt einen zusammenfassenden Vermerk für jede Fraktion zu.

Herr Dr. Scharfenberg bezieht seine Anfrage auf die im Rahmen des Umzugs des Asylbewerberheimes zugesagte Weiterentwicklung des Konzepts "Soziale Stadt" und die Vorlage dieses Konzeptes im Oktober 2009. Frau E. Müller entgegnet, dass der Entwurf im November 2009 dem GB 4 zur Prüfung vorgelegt wurde und im Januar 2010 ein Gespräch mit den Trägern geplant sei.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach bereits vorhandenen Vorstellungen für dezentrale Veranstaltungen zum Bad-Neubau. Der Oberbürgermeister weist auf eine Veranstaltung am 14. Januar, zu der ihn die SPD zur Berichterstattung eingeladen habe.

Eine weitere Frage von Herrn Dr. Scharfenberg bezieht sich auf die Planungen am Jungfernsee und evtl. Beeinträchtigungen des Uferweges. Der Oberbürgermeister und Herr Müller-Zinsius entgegneten, dass Beeinträchtigungen im Uferbereich nicht bekannt seien, auch wenn die Planungen verändert wurden. Herr Klipp ergänzt die Ausführungen und berichtet über Aktivitäten der Verwaltung zur Verbesserung des Zugangs zum Ufer des Jungfernsees.